

Rechten Betriebsratslisten die rote Karte zeigen

Zur Zeit erleben wir eine strategische Offensive der Extrem-Rechten (AfD und Co.), sich in Betrieben zu verankern. Die Zeitschrift Compact mit Jürgen Elsässer, die rechte Scheingewerkschaft Zentrum Automobil, die AfD und das rechte Geldaquiseprojekt „EinProzent“ organisieren zusammen einen nächsten strategischen Schritt zur Eroberung der Betriebsräte. Nach den Massenaufmärschen bei Pegida-Kundgebungen und Einzug in Kommunal- und Länder-Parlamente sowie den Bundestag wollen sich jetzt die Rechten in den Betrieben verankern und eine deutschlandweite rechte „Gewerkschaftsopposition“ gründen bzw. bestehende Strukturen unterwandern. Bei den Betriebsratswahlen, die vom März bis Mai 2018 stattfinden, wollen sie möglichst viele Mandate erobern. Dies gilt es zu verhindern. Wir müssen offensiv gegen Rechte vorgehen, sie im Kollegenkreis in Debatten verwickeln, ihre Argumente widerlegen und ihre spalterische und für die Belegschaft schädliche Kapitalnähe aufzeigen.

Geschichte der Liste „Zentrum Automobil“

Im Stuttgarter Mercedes-Werk Untertürkheim gibt es seit vielen Jahren Erfahrungen mit Rechten im Betriebsrat. Bereits 2009 hat sich die Liste „Zentrum Automobil“ gegründet. Bei den Betriebsratswahlen 2010 ist sie zum ersten Mal angetreten und mit 2 Mandaten in den Betriebsrat eingezogen. Bei den Betriebsratswahlen 2014 holte sie mit knapp 10 Prozent Wählerstimmen 4 Betriebsratsmandate. Auch bei den diesjährigen Betriebsratswahlen kandidieren sie wieder. Dass die Liste sich seit den letzten Jahren verankern konnte, zeigt sich daran, dass sie ihre Kandidatenzahl (2014: 100 Kandidaten) für die Wahlen 2018 fast verdoppeln konnte und nun auch in Werkteilen (z. B. Hedelfingen) zahlreiche Kandidaten hat, in denen sie seither wenig präsent war. Die Entwicklung ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, es bedarf einer wirkungsvollen Strategie der IG Metall, die Rechten wieder zurückzudrängen.

Betriebsratsmandat aber 2007 wieder abgeben, nachdem seine Mitgliedschaft in der bundesweit bekanntesten und berüchtigten Rechtsrockband „Noie Werte“ bekannt gemacht wurde. Dafür hatten IG Metall-Mitglieder und die linken Betriebsräte der „alternative“ gesorgt. Die Nazi-Band hat in ihren Liedtexten Nazi-Gedankengut verherrlicht und zum Kampf gegen die „ganze rote Brut“ aufgerufen. Sie wurde 1987 gegründet. Hilburger war Gründungsmitglied.

Auch sein Amt als ehrenamtlicher Richter musste er abgeben, nachdem das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg ihm untersagt hatte, weiter sein Amt auszuüben. Die Begründung war, dass die Liedtexte von „Noie Werte“ Assoziationen zum nationalsozialistischen Regime weckten und gewaltverherrlichend seien. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Amtsenthebung.

Nach Angaben seiner Band verließ er erst 2 Jahre nach der Enthüllung seiner Mitgliedschaft diese, kurz vor deren Selbstauflösung. Er verharmlöste seine fast 20jährige Mitgliedschaft



Foto verdi Stuttgart

Solidarität und erfolgreiche Kämpfe sind wirksame Waffen gegen die rechte Offensive in Betrieben und Gewerkschaften
Tarifrunde IG Metall, Ludwigsburg, 14. Dezember 2017: Daimler-Kollegen solidarisch mit den Krankenhausbeschäftigten

Bereits 2006 war der Begründer der Liste „Zentrum Automobil“ Oliver Hilburger über die Liste der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) in den Betriebsrat gelangt. Bei der CGM durchlief er eine typische Karriere als Funktionär, war im Landesvorstand der CGM Beisitzer, wurde auf Vorschlag der CGM Laienrichter beim Arbeitsgericht Stuttgart und Betriebsrat bei Daimler Untertürkheim. Er musste sein

und Mitwirkung als „Jugendsünde“.

Seine Distanzierung waren äußerst dünn: „Ich bezeichne mich nicht als Rechtsradikaler...“ Sein Ausstieg aus „Noie Werte“ war auch nicht mal Bedingung, um bei seiner Betriebsratsliste „Zentrum Automobil“ Vorsitzender und Spitzenkandidat zu werden. Dies ist der Homepage seiner Liste zu entnehmen.

Verstrickungen zum NSU

Auch die Verstrickungen mit dem NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) weisen auf Hilburgers extrem rechte Gesinnung hin. Mit Musik von „Noie Werte“ waren Bekennervideos der NSU-Terroristen zur Ermordung von Enver Simsek unterlegt. Erst als die Gruppe NSU aufgefliegen war, distanzierte sich Hilburger in einer öffentlichen Erklärung vom Dezember 2011. Die Erklärung ist eher als taktische Maßnahme zu werten. Ohne diese Erklärung wäre er weder als Daimler-Betriebsrat noch als Beschäftigter bei Daimler tragbar gewesen. Seine Aktivitäten werden vom Daimler-Management zugelassen und es scheint keine Behinderungen zu geben. Das politische Engagement sei Privatsache der Beschäftigten, teilte das Unternehmen auf Nachfrage dem Deutschlandfunk schriftlich mit. "Sollte es dabei aber arbeitsrechtlich oder strafrechtlich relevantes Verhalten geben, so werden wir dies in jedem Einzelfall prüfen und gegebenenfalls die notwendigen Konsequenzen ziehen." Bei solchen Aussagen kommen Erinnerungen über die Zusammenarbeit von Daimler und dem faschistischen Hitlerregime in den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts hoch. Als Hilburger im November 2017 vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg aussagen musste, dominierten seine Erinnerungslücken und seine bizarren Aussagen. Dass bei Auftritten im Publikum der Hitlergruß gezeigt wurde (mit Videos dokumentiert), will er nicht gesehen haben, denn als Musiker „kriegen sie vom Publikum gar nichts mit“, die Scheinwerfer blenden so. Und auf rassistische Liedtexte angesprochen („Fuck the Nigger“ und „Fuck the Jews“), die er als Bassist begleitete, war sein Kommentar: „Das ist nicht meine Sprache“, er habe das nicht wahrgenommen. Der Lärm der Musik sei so undifferenziert, er hätte nicht mal seine eigene Gitarre gehört.

Sozialrevolutionäre Parolen

Die sozialfaschistische Demagogie des „Zentrums Automobil“ ist nicht leicht zu durchschauen, verpacken sie doch geschickt ihre rechte Gesinnung hinter z. T. notwendiger Kritik. Sie stilisieren sich zur Opposition gegen das Co-Management der IG Metall. Aber sie nehmen nicht etwa die Ausbeutung und die kapitalistischen Monopole ins Visier, sondern die sogenannte „Globalisierung“ oder nicht näher benannte „multinationale Konzerne“. Sie orientieren sich an den Interessen der nationalen Monopole. Sie identifizieren sich mit den Vorstandsplänen von Daimler-Chef Zetsche zur Eroberung der Weltmarktführung. Hinter antikapitalistischer Kritik verbergen sie reaktionäre nationalistische Hetze. Und sie hetzen penetrant gegen Gewerkschaften. Konkret ist dies verbunden mit typisch sozialfaschistischer Diskreditierung, wie z. B. die IG Metall als „IG Möchtegern“ und den DGB als „Dämlichen Geheim Bund“.

Das Zentrum sagt, dass es im Betriebsrat eine Opposition braucht. Doch: der Betriebsrat ist die Opposition gegenüber der Kapitalseite. Er soll die Interessen der KollegInnen vertreten. Das Oppositionsverständnis vom Zentrum richtet sich daher gegen die Werk tätigen. Denn statt auf Solidarität zu setzen und gemeinsam für die Interessen der Belegschaft zu streiten, wollen sie Spaltung der Interessenvertretung und damit der Belegschaft. Erfahrungen mit der Liste zeigen genau dies.

Das Zentrum behauptet auch, dass sie keine Nazis sind. Allein die aufgezählten Beispiele ihrer Verstrickungen in Naziaktivitäten zeigen das Gegenteil. Ihre Verstrickungen in das Umfeld des NSU (Bsp im Artikel) sind besonders schockierend. Außerdem gibt es Beweise, dass nicht nur Hilburger, auch der Zentrums-Kandidat R. Heise den NSU-Unterstützer J. Werner im Gefängnis besuchte bzw. eine Besuchserlaubnis beantragte. Somit sind ihre Behauptungen,

keine Nazis zu sein und ein angebliches Abwenden von der rechten Szene absolut nicht glaubhaft. Die Vernetzungen mit anderen faschistischen Organisationen bestätigen ihre Zugehörigkeiten zu den Rechtsextremen (siehe Kasten Vernetzung der rechten Szene auf der nächsten Seite).

Die Betriebsgruppe bei Daimler Untertürkheim gilt in Neonazi-Kreisen Deutschlands als Vorbild für eine erfolgreiche Betriebsarbeit. Das bedeutet, in den nächsten Jahren müssen wir mit ähnlichen Entwicklungen auch in anderen Betrieben rechnen.

Sponsoren???

Dass das „Zentrum Automobil“ finanzkräftige Sponsoren haben muss, die sicher im braunen Sumpf zu suchen sind, zeigt sich sowohl an der sehr professionellen Aufmachung ihrer Homepage (<http://zentrum-auto.de/>), die vor kurzen überarbeitet wurde, als auch an ihrer Betriebszeitung „Kompass“. Sie hat sich in wenigen Monaten von einem unscheinbaren schlecht geschriebenen Bleiwüsten-Blättle in eine 12seitige farbige gut gestaltete Zeitschrift mit scheinbar fundierten Artikeln gemausert. Dass das Kapital großes Interesse hat, solche Betriebsgruppen groß werden zu lassen, zeigen auch die Erfahrungen aus der Zeit des Hitler-Faschismus.



In Nummer 117 des Antifaschistischen Infoblatts (AIB), das zum Jahresende erschienen ist, werden die Finanzmittel und Sponsoren der AfD wie folgt dargestellt. Der banalste, aber vermutlich bedeutendste Faktor dürften die Finanzmittel sein, auf welche die AfD aufgrund ihrer verschiedenen Wahlerfolge im Bund, Europa und den Länderparlamenten in den nächsten Jahren zugreifen kann. Es wird geschätzt, dass der Partei und ihrem Personal nun rund 400 Millionen Euro an Steuergeldern zustehen. Im AIB-Artikel »Die Finanzierung der AfD« werden die Namen bedeutender Finanziers und Spender genannt. Waren es erst vermögende Mittelständler, wie Hans Wall von der Wall AG und die oberen Etagen der deutschen Wirtschaft, wandelte sich das mit dem Austritt von Bernd Lucke sowie dem ehemaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel. Nun sollen es »Traditionsfinanziers« rechter Kräfte in Deutschland wie der Milliardär August von Finck sein, dem der Hotel- und Gastronomiekonzern Mövenpick gehört. Auch der Hamburger Reeder Folkard Edler lässt der AfD Geld zukommen. In Berlin hat Edler vor fünf Jahren auch das Gebäude der Bibliothek des Konservatismus in der Fasanenstraße für 3,6 Millionen Euro erworben.

Entlarven und massiv dagegen halten

Die Betriebsratskandidatur von Hilburger & Co wurde immer wieder von Enthüllungen und Protesten begleitet. So z.B. auf einer Betriebsversammlung 2010 vor den Betriebsratswahlen, als KollegInnen vor dem Rednerpult mit T-Shirts den Satz bildeten: „Kein Applaus für Nazis“, als Hilburger seine Liste vorstellte. Auch in den Dezember-Betriebsversammlungen 2017 gab es wieder etliche Redebeiträge gegen die rechte Ideologie der Liste „Zentrum Automobil“. Mittlerweile wurde bekannt, dass es „Zentrum Automobil“ gelungen ist, auch bei Daimler in Sindelfingen, in der Stuttgarter Daimler Zentrale und im Werk Rastatt Listen einzureichen. Zum Teil kandidieren AfDler auf anderen Listen (z.B. bei Daimler in Wörth). Auffällig ist, dass viele Kandidaten aus dem Spektrum der CGM und zum Teil von den Unabhängigen (AUB) kommen. Sie versuchen auch, bei BMW in Leipzig und anderen Automobilwerken Fuß zu fassen. Bei BMW in Leipzig treten sie unter dem unscheinbaren Namen „Interessengemeinschaft Beruf und Familie“ auf.

Unsere Aufgabe in den nächsten Monaten ist, das Treiben der Rechten zu beobachten und zu entlarven, verhindern, dass sie bei den Betriebsratswahlen Stimmen und Mandate bekommen und wo immer sie auftreten, massiv dagegen halten.

Wichtig ist aber auch, dass wir uns als IG-MetallerInnen mit der Co-Management-Politik so mancher Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre auseinandersetzen und diese beenden. Denn diese Co-Management-Politik ist der Nährboden für die Rechten. Nur konsequente Interessenvertretung der Gewerkschaften für die abhängig Beschäftigten entzieht den Rechten den Boden. Nur damit können wir ihre Anschuldigungen zurückweisen.

Die Augen zu verschließen und hoffen, dass es schon nicht so schlimm wird, ist kontraproduktiv. So meinte z. B. Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender, dass die Listen der Rechten bei den Betriebsratswahlen „wie Seifenblasen zerplatzen – wegen Unfähigkeit“. Die Erfahrungen lehren uns leider anderes. Aktives Entlarven und Dagegenhalten ist angesagt.

So nicht



Reiner Hoffmann
DGB-Vorsitzender

"Dass einige Ideologen mit törichten Parolen die Betriebsratswahlen für sich instrumentalisieren, ist nicht weiter überraschend. ... Die anderen haben nichts im Rücken. Ihre Initiativen werden wie Seifenblasen zerplatzen - wegen Unfähigkeit."

So schon eher

Auszug aus der Resolution der 19. Bundesfrauenkonferenz des DGB (24. November 2017): Gleichberechtigung ist ein Grundrecht und nicht verhandelbar!

Wir Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund werden nicht zulassen, dass durch die Verunglimpfung von Genderpolitik gleichstellungspolitische Rückschritte eingeläutet werden. Einem rückwärtsgewandten Frauen- und Familienbild setzen wir eine moderne Gleichstellungspolitik und einen zeitgemäßen Familienbegriff entgegen. **Rechten Ideologien**, die Ressentiments bedienen und die Frauen aus dem Erwerbsleben verdrängen wollen, **treten wir entschieden entgegen**. Rechts-extremes Gedankengut und antifeministische Einstellungen haben in einer demokratischen Gesellschaft nichts verloren. **Mit Nachdruck verteidigen wir unsere politischen Ziele gegen den kalten Wind von rechts.**

Vernetzung der rechten Szene

Trotz Proteste von AntifaschistInnen und Raumabsage im Krauthof in Ludwigsburg führten Hilburger & Co am 10 September 2017 ihre Veranstaltung „Rettet unsere Arbeitsplätze“ durch. Mit dabei der Chefredakteur des rechtsradikalen Magazins „Compact“ Jürgen Elsässer. In der November-Ausgabe von der Betriebszeitung „Kompass“ der Gruppe „Zentrum Automobil“ heißt es im Bericht über diese Veranstaltung: „Elsässer wird uns nun publizistisch, organisatorisch und aktiv unterstützen, das Projekt „Werde Betriebsrat – Wir schützen Arbeitsplätze“ weiter bekannt machen. Das Ziel ist klar gesteckt: Wir suchen überzeugte Nachahmer in anderen Betrieben und Branchen. Vernetzung ist das Gebot der Stunde und der gesellschaftliche Widerstand muss jetzt endlich in den Betrieben ankommen! Diesen Weg werden wir gemeinsam mit Jürgen Elsässer beschreiten.“ Dies zeigt deutlich die Ziele und die Vernetzung der rechten Szene.

Dies war auch bei der Maikundgebung 2017 in Zwickau erkenntlich, bei der neben Hilburger auch Jens Maier (damals AfD-Bundestagskandidat, heute sitzt er für sie im Bundestag) sprach, der sich selbst als „sächsische Version“ des Thüringer Strammrechten Björn Höcke bezeichnet. Auch Jürgen Elsässer sprach. Laut Berichten soll er rumgebrüllt haben, als ob er „Wochenschauen aus den 30er Jahren studiert“ und Gestik und Duktus seiner Vorbilder „vor dem Spiegel geübt“ habe.

Auch in der „EinProzent“-Kampagne („Werde Betriebsrat“) mischt Hilburger kräftig mit. Er ist stolz auf die „sehr vielen Rückmeldungen“, die ihnen diese Kampagne eingebracht hat. Viele kämen aus der Dienstleistungsbranche, also denke man über die Gründung eines Dachverbands nach. Die Hälfte der Rückmeldungen komme von aktiven Betriebsräten aus DGB-Gewerkschaften, sagte Hilburger. Stimmt dies, wäre die Situation für die Gewerkschaften beunruhigend: Die Rechte attackiert nicht nur von außen, sondern zersetzt auch von innen.

Das erste Betriebsratskandidaten-Seminar fand Anfang Januar statt. Mehr als 30 Kandidaten nahmen teil. In einer Veröffentlichung von „EinProzent“ heißt es: „Während Gewerkschaftsbosse in überbelegten Luxus-Hotels das hart erarbeitete Geld der Arbeiter und Angestellten nur so aus dem Fenster werfen, besorgt das Bürgernetzwerk Ein Prozent in enger Abstimmung mit den Kollegen des Zentrums die Bildung derer, die von „denen da oben“ längst verraten und verkauft wurden....Täglich melden sich jetzt neue Kandidaten.“ Auch hier haben Zentrum und „EinProzent“ zusammengearbeitet. Die Zitate zeigen, wie sie ticken und welche Ziele sie haben.

Zitate aus anderen Medien

Tagesspiegel online vom 16. Januar 2018

Betriebsratswahlen im Frühjahr Rechte Kandidaten streben in die Betriebsräte SPD und Linke verlieren an Einfluss auf die Arbeiter

...Bei der Bundestagswahl haben 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder AfD gewählt. Dementsprechend sieht Sozialwissenschaftler Dörre ein Potenzial für rechte Betriebsratslisten. Es sei allerdings fraglich, ob es den Rechten auch gelingen könne, dieses zu mobilisieren. Er bezweifelt, dass sie genügend glaubwürdige Repräsentanten in der Belegschaft hätten. Dörre hält rechte Listen außerdem nur für einen Teil der Entwicklung. „Für viel gefährlicher halte ich Gewerkschafter, die weiterhin für die großen Gewerkschaften aktiv sind, aber aus ihrer Sympathie für AfD und Pegida keinen Hehl machen.“ Im Osten Deutschlands gebe es einzelne Betriebsräte, in denen die, die rechten Positionen nahe stünden, in der Überzahl seien. Er habe aktive Betriebsräte befragen können, die gleichzeitig bei Pegida mitgelaufen seien. Einige hätten sogar Busse zu den Demonstrationen organisiert. Und die Sympathie für die AfD sei nicht nur im Osten ausgeprägt. In Baden-Württemberg hätten 30 Prozent der Arbeiter AfD gewählt. Die Gewerkschaften hätten das Problem, dass sie „wie ein Teil einer großen Partei für Industrie und Arbeit“ erscheinen, als Teil des Establishments. Gleichzeitig seien die Gewerkschaften die einzige zivilgesellschaftliche Organisation, die das Milieu der Produktionsarbeiter überhaupt noch erreiche. „In der Linken und der SPD geht der Einfluss auf diese Arbeiter enorm zurück“, sagt Dörre.

Beitrag von FloWo vom 27. Juli 2017 bei Diaspora

Gewerkschaft von Rechts?

“... Seitdem die „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) nach Ende des 2. Weltkrieges als faschistische Organisation verboten wurde, gab es in Deutschland keine rechte Gewerkschaft mehr – bis jetzt. Denn mit dem „Alternativen Arbeitnehmersverband Mitteldeutschlands“ (ALARM) gründete die AfD am 1. Mai 2017 erstmals seit 1945 wieder eine völkische Gewerkschaft in Deutschland. Und genau wie ihr Vorbild versucht auch „ALARM“ soziale Kämpfe zu negieren, indem stattdessen eine „Volksgemeinschaft“ konstruiert wird, die deutsche Arbeitnehmer und Arbeitgeber im „dankbaren Dienst am Vaterland“ vereinigen soll. Für die Arbeiter hat „ALARM“ also einen Leistungsethos und Nationalstolz zu bieten, anstatt Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen. (...) „Alarm!“ ist kein ernst gemeinter Schritt, um die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern. Es ist ein Versuch, die Wut über die tatsächlich bestehenden sozialen Probleme zu kanalisieren und als Unterstützung für die AfD an die Wahlurnen zu lenken. Real bestehende Missstände in den DGB-Gewerkschaften werden dabei ausgenutzt, um Kritik an diesen zu üben, die präsentierten „Alternativen“ beschränken sich jedoch auf völkische Folklore und fordern „Opferbereitschaft“ von den deutschen Arbeitern. Verbesserungen am Arbeitsplatz können nur von unabhängigen und kämpferischen Gewerkschaften erstritten werden, die im Klassenkampf eindeutig auf der Seite Lohnabhängigen steht.”

Jungle World, 4. Januar 2018

Die blaue Garde des Proletariats

Trotz ihrer unternehmerfreundlichen Programmatik will die AfD bei Arbeitnehmern punkten – indem sie zum Kampf gegen die Gewerkschaften aufruft.

Steuersenkungen für Besserverdienende, Unternehmen und Vermögende, Privatisierung staatlicher Infrastruktur, Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme, eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarkts: Wirft man einen Blick in die sozial- und wirtschaftspolitische Programmatik der AfD, wirkt diese für lohnabhängig Beschäftigte wenig attraktiv. Trotzdem präsentiert sich die AfD gerne als »die Partei der kleinen Leute«, wie es der Anfang Dezember gewählte Bundesvorsitzende der Partei, Alexander Gauland, ausdrückt. Und dies durchaus erfolgreich. Der einst als »Professorenpartei« verspotteten AfD gelang es in gerade einmal vier Jahren, ihre Wählerbasis enorm zu vergrößern und in der Arbeiterklasse Anhängerinnen und Anhänger zu gewinnen. Das ist ein Problem nicht zuletzt auch für die Gewerkschaften.... Um ihr erklärtes Ziel zu erreichen, Volkspartei zu werden, will die AfD insbesondere unter Arbeitnehmern neue Wähler gewinnen – und ruft daher immer offener zum Kampf gegen die Gewerkschaften auf, die ihr dabei im Weg stehen. So forderte die AfD in Bayern im Oktober die Überwachung des DGB durch den Verfassungsschutz. Auch Beatrix von Storch, eine der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, griff die Gewerkschaften an. Sie bezeichnete Verdi als »Verfassungsfeinde«, eine »Gefahr für die Demokratie« und eine »offizielle Verbrecherorganisation«.

Weitere Links mit interessanten Artikeln:

<http://www.labournet.de/politik/gw/mitbestimmung/betriebsrat/afd-co-nach-den-koepfen-nun-auch-betriebe-und-betriebsraete/>

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.daimler-neonazis-wollen-einfluss-im-betriebsrat-ausbauen.9f907699-829f-4ff1-84d4-d71e109a5004.html>

Solidarität – die Betriebszeitung für ein solidarisches Miteinander

Ausgabe Nr. 4 – Januar 2018

Blau ist das neue Braun

In Österreich ist die FPÖ jetzt an der Regierung beteiligt...Wer von der Schwesterpartei der AfD „Politik für die kleinen Leute“ erwartet hat, dürfte jetzt enttäuscht sein. Die neue Regierung hat in ihrem Koalitionsvertrag u.a. die Einführung des 12-Stunden-Tages und wesentliche Verschlechterungen für Erwerbslose vereinbart. Es zeigt sich mal wieder: Bessere Politik gibt es nicht allein vom Wählen und schon gar nicht von Rechtspopulisten! Veränderung beginnt mit Klassenkampf! In Deutschland, wie in Österreich.

Impressum: Sekretariat
Initiative zur Vernetzung der
Gewerkschaftslinken
Klaus Peter Löwen, Christa Hourani,
Christiaan Boissevain
E-Mail: forum@gegewi.de
Redaktionsschluss: 30. Januar 2018

Die Gewerkschaftslinken ist
Untermieterin bei Labournet:
Weitere Infos unter:
<http://www.labournet.de/gewlinke>